Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JW/AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Bayers Pakt mit dem Teufel
2. Bundesregierung plant Verschlechterungen bei Leiharbeit und Werkverträgen
3. Großer Unterschied zwischen Pensionen und Renten
4. Erneuter Rückschlag für europäische Konjunktur – Teil 1
5. Bericht zum EU-Türkei Deal: Bietet die Türkei wirklich einen effektiven Zugang zum Asyl?
6. Schäuble trickst bewusst bei Kosten für Flüchtlinge in Deutschland
7. Immer noch Risiko von Anschlägen: Frankreich verlängert Ausnahmezustand
8. "Für Ägypten ist es eine Katastrophe"
9. Das Al Qaida-Emirat
10. Studie deckt Hürden und Fallen auf
11. Kalter Sportkrieg
12. "Die SPD hätte den Kanzler stellen können"
13. Wahlkämpfer des Tages: Kummerklaus
14. Auf dem linken Auge blind?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Bayers Pakt mit dem Teufel**
   Das Bayer-Management hat bestätigt, dass mit der Geschäftsführung von Monsanto über eine sogenannte einvernehmliche Übernahme verhandelt wird. Das würde bedeuten: Beide Seiten einigen sich auf den Deal, weil beide Seiten Vorteile sehen. Sowohl Monsanto als auch Bayer haben angekündigt, für die Dauer der Verhandlungen, die sich über Monate hinziehen können, keine weiteren Details zu nennen. Eine Komplettübernahme hätte nach Berechnungen der Citibank ein Volumen von bis zu 65 Milliarden Euro – der aktuelle Börsenwert des US-Saatgutherstellers liegt bei umgerechnet knapp 38 Milliarden Euro. Hinzu kommen Schulden und ein bei Übernahmen üblicher Aufschlag.
   Quelle: Frankfurter Rundschau

Anmerkung Jens Berger: *Die Überschrift "Teufel und Beelzebub schließen einen Pakt" würde es wohl besser treffen. Bayer und Monsanto haben übrigens eine – wenn auch nicht sonderlich glorreiche – gemeinsame Vergangenheit. Zwischen 1954 und 1967 arbeiteten die beiden Weltkonzerne in einem Joint Venture mit dem wenig originellen Namen Mobay zusammen. Das wichtigstes Geschäftsfeld dieses Unternehmens war die Produktion des chemischen Kampfstoffs Agent Orange für das US-Militär.*

dazu: **Monsanto and the Poisoning of Europe**
This week, a Standing Committee of plant scientists from 28 member states in Europe is likely to endorse the European Food Safety Authority's (EFSA) findings so that the European Commission (under pressure from Monsanto, Glyphosate Task Force and others) can re-authorise glyphosate for another nine years. This is despite the WHO classifying glyphosate as being "probably carcinogenic" to humans.
An open letter from campaigner Rosemary Mason to Dirk Detken, Chief Attorney to the EFSA, follows the brief background article you are about to read. In the letter, Mason highlights the regulatory delinquency concerning the oversight of glyphosate in the EU. The evidence provided by Mason might lead many to agree that processes surrounding glyphosate 'regulation' in Europe amount to little more than a "cesspool of corruption."
There are around 500 million people in the EU. They want EU officials to uphold the public interest and to be independent from commercial influence. They do not want them to serve and profit from commercial interests at cost to the public's health and safety. However, what they too often get are massive conflicts of interest: see here about the 'revolving door' problem within official EU bodies, here about 'the European Food and Safety Authority's independence problem' and here about 'chemical conflicts' in the EC's scientific committees for consumer issues.
And they get governing bodies that are beholden to massive corporate lobbying: see here about 'the fire power of the financial lobby' and here about 'who lobbies most' for TTIP, with agribusiness being the biggest lobby group behing this secretive and corrupt trade deal that is attempting drive a policy agenda above the heads of the European people and contrary to their wishes (see this on TTIP as well).
Regulators turn a blind eye to the deleterious effects of products that pose a serious systemic risk to the public: see here about 'the glyphosate toxicity studies you're not allowed to see' and here 'case closed by EFSA on Roundup, despite new evidence'.
And they also give the nod to products based not on independent research but on a company's statements or secretive studies taken at face value and then deliberately keep the public in the dark: for example, see here about 'Roundup and birth defects'.

What people get are public institutions that serve a corporate agenda: see here about 'the black book on the corporate agenda of the EC'.
Quelle: CounterPunch

2. **Bundesregierung plant Verschlechterungen bei Leiharbeit und Werkverträgen**
Nach monatelangem Hin und Her liegt jetzt der Referentenentwurf zu Leiharbeit und Werkverträgen vor. Wir sind über den Inhalt dieses Referentenentwurfes zutiefst erschrocken. Es ist unsere feste Überzeugung, insbesondere nach Beratung mit arbeitsrechtlich versierten Juristinnen und Juristen, dass die geplante Reform zu einer deutlichen Verschlechterung des Status Quo für die Beschäftigten führen wird:
Der dauerhafte Einsatz von immer neuen Leiharbeitskräften auf dem gleichen Arbeitsplatz im Entleihbetrieb wird legitimiert und damit die Spaltung der Belegschaften und Lohndumping strukturell verstetigt.
Scheinwerkverträge werden weniger riskant, da das geplante Widerspruchsrecht zu einer faktischen Sanktionsfreiheit der Arbeitgeber bei illegaler Arbeitnehmerüberlassung führen wird.
Der Einsatz von Arbeitnehmergruppen mit eigenem Führungspersonal soll anders als bisher nicht mehr als Arbeitnehmerüberlassung (mit Equal-Pay-Anspruch) gelten, auch wenn im Hintergrund die Weisungen des Entleihers maßgeblich sind.
Liebe SPD-Kollegin, lieber SPD-Kollege, wir schreiben dir diesen Brief nicht nur als Abgeordnete, sondern auch als langjährige Gewerkschafter. Wir bitten dich noch einmal zu prüfen, ob das wirklich so gewollt ist, wie es gegenwärtig im Referentenentwurf steht. Auch wir wissen, dass die Probleme der Leiharbeit und bei Werkverträgen mit eurem Koalitionspartner schwer zu lösen sind. Aber eine Verschlechterung der Rechtslage war doch im Koalitionsvertrag nicht geplant. Das Gesetz ist nicht akzeptabel.
Quelle: Klaus Ernst & Jutta Krellmann
3. **Großer Unterschied zwischen Pensionen und Renten**
Eine Anfrage der Linken zeigt wieder einmal: Die Unterschiede der Ruhegehälter von Beamten und Arbeitnehmern sind groß.
Politiker der Grünen und Linken schlagen vor, Selbständige und langfristig Beamtete anders als bisher in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu lassen.
Die durchschnittlichen Ruhegehälter vieler Staatsdiener erscheinen zumindest auf den ersten Blick deutlich höher als übliche Renten in Deutschland. Das ergibt sich erneut aus Daten, die die Bundesregierung auf Anfrage der Linken zusammenstellte. So erhielten Berufssoldaten im Alter Anfang 2015 im Schnitt 2900 Euro brutto im Monat. Wer im Schuldienst der Bundesländer arbeitete, erhielt 3000 Euro, Mitarbeiter des Vollzugsdiensts 2400 Euro. Anders bei der gesetzlichen Rente: Wer als Arbeitnehmer

in der freien Wirtschaft 45 Jahre Beiträge gemäß des Durchschnittslohns zahlte, erhält eine Monatsrente von 1300 Euro brutto.
Die Unterschiede könnten die Debatte über einen Umbau des Alterssystems befeuern. Politiker der Grünen und Linken schlagen vor, Selbständige und langfristig Beamtete anders als bisher in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu lassen. Eine Studie des DIW-Instituts legt Reformbedarf für das Alterssystem nahe: Demnach sinkt das Niveau der gesetzlichen Rente ohne Reformen bis 2040 von 48 auf 42 Prozent des Durchschnittslohns. Dagegen steige der Beitragssatz der Arbeitnehmer von knapp 19 auf 23,5 Prozent.
Quelle: Süddeutsche

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu erneut: Bei Anne Will: „Die Privatvorsorge ist tot. Es lebe die Privatvorsorge“.*

4. **Erneuter Rückschlag für europäische Konjunktur – Teil 1**
Angesichts des nun schnell näherkommenden Übergangs von flassbeck-economics zu Makroskop, will ich heute und morgen statt einer ausführlichen Analyse nur einen Schnelldurchgang durch die wichtigsten Indikatoren machen. Die nächste vollständige Konjunkturanalyse kommt dann im Rahmen von Makroskop im Juni.
Der Auftragseingang in der deutschen Industrie im März bestätigt erneut, dass von einem Aufschwung in Deutschland nicht die Rede sein kann. Die deutsche Presse hat ja wieder unisono gejubelt, als eine Zahl von 0,7 für das BIP-Wachstum im ersten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres genannt wurde. Aber das war nur ein statistischer Sondereffekt, der vermutlich wegen der milden Witterung und der Vorbereitung für die Aufnahme von Flüchtlingen zustande kam. Hinzu kommt, dass die Kalenderbereinigung des Bundesamtes womöglich mit Fragezeichen zu versehen ist, weil 2016 ein Schaltjahr war. […]
Alle wichtigen Indikatoren signalisieren ansonsten Stagnation. Der Auftragseingang beim Investitionsgütergewerbe aus dem Inland (hier nicht aufgezeichnet) ist sogar sehr schwach und zeigt nach unten, was dafür spricht, dass die deutsche Wirtschaft keinerlei innere Dynamik aufweist.
Quelle: flassbeck-economics

dazu: **IMK-Konjunkturindikator: Rezessionswahrscheinlichkeit wieder gestiegen – europäische Unsicherheit wirkt sich aus**
Nach einer spürbaren Aufhellung bis Anfang April haben sich die Konjunkturaussichten in den vergangenen Wochen wieder deutlich eingetrübt. Das signalisiert der Konjunkturindikator des Instituts für Makroökonomie und

Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Die Wahrscheinlichkeit, dass die deutsche Wirtschaft in nächster Zeit in eine Rezession gerät, ist gestiegen. Für den Zeitraum von Mai bis Ende Juli 2016 weist der IMK-Indikator, der die wichtigsten Informationen über die aktuelle Wirtschaftslage bündelt, eine mittlere Rezessionswahrscheinlichkeit von 38,8 Prozent aus. Im April betrug das Rezessionsrisiko noch 26,2 Prozent. Der nach dem Ampelsystem arbeitende Indikator hat damit zum zweiten Mal in diesem Jahr von „grün“ auf „gelb“ (erhöhte Unsicherheit bei Werten über 30 Prozent) geschaltet.
Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

5. **Bericht zum EU-Türkei Deal: Bietet die Türkei wirklich einen effektiven Zugang zum Asyl?**
   Seit dem 4. April werden Schutzsuchende aus Griechenland in die Türkei zurückgeschoben mit der Begründung, dass sie dort Schutz finden könnten. Unsere Partnerorganisation Mülteci-DER verfolgt die Situation in der Türkei: Ihre „Beobachtungen zur Lage von Flüchtlingen in der Türkei“ über die Lage von Flüchtlingen in der Türkei sind besorgniserregend.
   Bis Ende April wurden 375 Personen im Rahmen des EU-Türkei-Deals von Griechenland in Türkei zurückgeschoben. Offizielle beider Seiten haben wiederholt beteuert, dass die Fälle von Schutzsuchenden in Griechenland weiterhin individuell geprüft werden würden, und dass sie in der Türkei nach ihrer Rückführung Zugang zu Asylverfahren hätten. Dennoch wurden bereits am 4. April 13 Schutzsuchende aus Afghanistan und dem Kongo abgeschoben, ohne dass sie ihre Asylgesuche in Griechenland hätten vorbringen können.
   PRO ASYL unterstützt besonders schutzbedürftige Flüchtlinge in Griechenland und in der Türkei mit Rechtshilfe und kooperiert mit kompetenten Anwältinnen und Organisationen aus Griechenland und der Türkei im Rahmen des Projekts Refugee Support Program in the Aegean (RSPA). Die Beobachtungen von Mülteci-DER zeigen besorgniserregende Zustände.
   Quelle: Pro Asyl
6. **Schäuble trickst bewusst bei Kosten für Flüchtlinge in Deutschland**
   Schäuble trickst: Die Bundesregierung hat mal berechnet, was die Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland bis 2020 kosten könnte. Das ist an sich ok. Nur rechnet man auch “die Bekämpfung von Fluchtursachen” dazu, also zB deutsche Kriegseinsätze und Hilfsgelder ans Ausland. Wie passt das zusammen? Was hat die Versorgung von Menschen hierzulande mit Krieg führen woanders zu tun? Schäubles Finanzministerium findet, dass gehöre “zwingend” zusammen… Absurd!
   Ausschnitt aus der BPK vom 18. Mai 2016

Quelle: Jung und naiv via YouTube

dazu: **Bund will 93 Milliarden Euro für Flüchtlinge bereitstellen**
Quelle: Zeit Online

7. **Immer noch Risiko von Anschlägen: Frankreich verlängert Ausnahmezustand**
Das französische Parlament hat den Ausnahmezustand im Land für zwei weitere Monate verlängert. Innenminister Bernard Cazeneuve begründete den Schritt mit einer immer noch bestehenden Terrorgefahr.
Mit der Maßnahme will die französische Regierung auch die Fußball-Europameisterschaft im eigenen Land und die Tour de France absichern. Die EM beginnt am 10. Juni, die Tour startet am 2. Juli.
Dank des Ausnahmezustands erhält die Polizei mehr Rechte im Anti-Terrorkampf. Es ist vermutlich die dritte und letzte Verlängerung der Maßnahme. Anschließend soll ein reformiertes Strafrecht den Behörden mehr Rechte etwa bei Personenkontrollen einräumen. Über diese Reform will das Parlament am Nachmittag abstimmen.
Der französische Inlandsgeheimdienst DGSI warnte vor einer "Kampagne" von Terrorattentaten des "Islamischen Staates". Es sei wahrscheinlich, dass Bomben in Gebieten mit vielen Menschen gezündet würden. Die Sorge vor Anschlägen beschäftigt auch internationale Ermittlungsbehörden. So hatte das BKA bereits im Februar vor einer erhöhten Terrorgefahr für die Zeit der Fußball-EM in Frankreich gewarnt.
Quelle: Tagesschau

Anmerkung Jens Wernicke: *Zum hier skizzierten Weg in den totalitären Staat sind insbesondere die beiden Analysen „Die Terror-Manipulation" und „Inszenierter Terrorismus" auf den NachDenkSeiten lesenswert.*

8. **"Für Ägypten ist es eine Katastrophe"**
Das Verschwinden einer EgyptAir-Maschine über dem Mittelmeer wird aus Sicht des Nahost-Experten Michael Lüders für Ägyptens Tourismus erhebliche Folgen haben. Die Einnahmen in diesem Bereich brächen jetzt weiter ein, sagte er im DLF. Noch viel besorgniserregender sei aber, dass die Unterdrückung in Ägypten durch die Regierung mehr und mehr zunehme. Das Klima der Unterdrückung, das Staatspräsident Abdel Fattah al-Sisi in Ägypten erschaffen habe, treibe mehr und mehr Menschen in die Radikalität, warnte Lüders. Die Repressionsmaßnahmen der Behörden seien enorm. Selbst wegen kleinster Kritik an der Staatsführung in sozialen Netzwerken oder per SMS drohe Menschen Gefängnis, Verschleppung oder die

Ermordung. Der Terror nehme dadurch in Ägypten zu. “In Kairo spürt man, dass sich die Schlinge langsam zuzieht”, sagte der Nahost-Experte.
Quelle: Deutschlandfunk

9. **Das Al Qaida-Emirat**
Nach den weitgehend ergebnislosen Wiener Syrien-Gesprächen wächst die Gefahr der Gründung eines Al Qaida-Emirats im nordsyrischen Idlib. Dies geht aus einer detaillierten Untersuchung über die strategischen Planungen innerhalb von Al Qaida und ihrem syrischen Ableger Al Nusra hervor, die ein führender Jihadismus-Experte unlängst vorgelegt hat. Demnach debattiert die Al Qaida-Führung schon seit geraumer Zeit über die Errichtung eines staatsähnlichen Gebildes in Nordsyrien, wurde zuletzt allerdings noch durch das Zögern bedeutender Partner gebremst. Bot der Ende Februar erzielte Waffenstillstand die Chance, Al Nusra zu isolieren, so ist es dem Al Qaida-Ableger gelungen, verbündete Milizen zum Bruch der Feuerpause zu veranlassen und in den neuen Kämpfen wieder zu alter Stärke zu finden. Gelingt es nicht, zur Waffenruhe zurückzukehren, sei die Gefahr der Gründung eines Al Qaida-Emirats größer denn je zuvor, heißt es in der Analyse des Jihadismus-Experten. Wegen der räumlichen Nähe zu Europa stiege die Terrorgefahr in der EU drastisch an. Ermöglicht haben diese Entwicklung die engsten Verbündeten des Westens im Nahen und Mittleren Osten, die die salafistisch-jihadistischen Milizen in Syrien in jeder Hinsicht unterstützten, aber auch die westlichen Staaten selbst, die die Entwicklung aus strategischen Gründen in Kauf nahmen – in voller Kenntnis historischer Beispiele, die zeigen, wohin die Förderung von Jihadisten führen kann.
Quelle: German Foreign Policy

10. **Studie deckt Hürden und Fallen auf**
Für Flüchtlinge in Deutschland ist der Weg ins Studium weit. Zudem gibt es viele Hürden und juristische Fallen, in die viele Studierende hineintappen. Das deckt eine aktuelle Studie auf. In 15 Handlungsempfehlungen nehmen Forscher Hochschulen und Politik in die Pflicht.
Seit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 engagieren sich viele deutsche Hochschulen für Asylsuchende. Im Sinne einer „Soforthilfe“ öffnetem viele Hochschulen zunächst die Gasthörerprogramme für alle Geflüchteten. Hinzu kamen Deutschkurse, Mentoren-Projekte oder Sportangebote. Ziel war es anfangs vor allem, den Flüchtlingen Beschäftigung im Alltag zu geben.
Mittlerweile lässt sich aber eine Konzentration auf das „Kerngeschäft“ der Hochschulen ausmachen: „Die Hochschulen wählen ihre Zielgruppe heute viel bewusster aus als noch vor wenigen Monaten. Dabei spielen Studierfähigkeit und aufenthaltsrechtliche Bleibeperspektive eine wichtige Rolle“, so Hannes Schammann, Juniorprofessor für Migrationspolitik in Hildesheim und Leiter der Studie. „Die Zeit

der reinen Beschäftigungsprogramme ist vorbei."
Das geht aus einer Studie der Universität Hildesheim, gefördert von der Stiftung Mercator, hervor. Darin wurden Angebote für Studieninteressierte mit Fluchterfahrung erstmals untersucht. Die qualitative Erhebung fand an neun deutschen Hochschulen statt.
Quelle: Migazin

11. **Kalter Sportkrieg**
Russland, finsteres Dopingreich? Vielleicht, aber wer glaubt, dass es woanders besser zugeht, ist naiv oder einfach nur politisch blind.
Die Russen raus! Nach all den Enthüllungen der vergangenen Wochen und Monate scheint das Böse im Sport identifiziert. Die Forderung nach einem Ausschluss Russlands von den Olympischen Spielen liegt auf dem Tisch. Die Analyse ist einfach: Lug und Trug regieren das Leistungssportleben in Wladimirs Putins finsterem Reich.
[…]
Nun wühlen US-Staatsanwälte also im russischen Dopingsumpf. Auch das wäre vielleicht ein Grund zum Feiern, wenn sie sich mit ebensolcher Vehemenz für das systematische Doping im Läuferland Kenia interessieren würden. Für die Machenschaften im Internationalen Leichtathletikverband, bei dem man sich von Dopingvorwürfen freikaufen konnte. Für die Vertuschungsmaschinerie im jamaikanischen Sprintteam, das sich vor allzu strengen Dopingkontrollen nie zu fürchten brauchte. Für die Anschuldigungen eines britischen Mediziners, der Sportlern vieler Disziplinen mit unerlaubten Mitteln unter die Arme gegriffen haben soll. Kenia raus? Jamaika raus? Großbritannien raus? Solche Forderungen hört man nicht. Der kalte Sportkrieg hat eben klare Fronten.
Quelle: taz

12. **"Die SPD hätte den Kanzler stellen können"**
Der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Dietmar Bartsch, spricht im Telepolis-Interview über das Image seiner Partei, enttäuschte Wähler und eine mögliche Zusammenarbeit mit der SPD (…)
Thematisch bewegt sich die SPD seit Jahren auf einem Schlingerkurs, der etwaige Gedankenspiele nicht gerade leichtmacht, um es vorsichtig zu formulieren.
Wie ist der aktuelle Stand in der Arbeitsgruppe Rot-Rot-Grün?
Dietmar Bartsch: Eine solche Arbeitsgruppe gibt es nicht.
Aber Ihr…
Dietmar Bartsch: … Dass Vertreter der Parteien sich über Perspektiven von Mitte-Links-Bündnissen austauschen, ist normal. Das finde ich gut und richtig. Dementsprechend werden solche Gespräche von unserer Seite auch befördert. Aber zur Erinnerung: Obwohl es seit der Bundestagswahl 2013 eine Mehrheit jenseits der

Union gibt, haben die Sozialdemokraten ein Zusammengehen mit der LINKEN schon vor dem Start in diese Legislatur ausgeschlossen. Die SPD hätte den Kanzler stellen können! Sie haben allerdings noch nicht einmal mit uns geredet, um wenigstens Chancen für Koalitionsgespräche auszuloten.
Kurzum: Wir können der SPD eine solche Entscheidung nicht abnehmen, sondern lediglich signalisieren, dass wir – unter entsprechenden Bedingungen – zu einer Zusammenarbeit bereit wären. Aber eben nicht um jeden Preis, schon gar nicht den, die bisherige Regierungspolitik fortzusetzen.
Quelle: Telepolis

Anmerkung Christian Reimann: *Der Volksmund sagt "Ein Jahr kann es jeder beim Teufel aushalten". Und dann schafft es die SPD-Spitze auch jetzt – etwa ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl – immer noch nicht, dass Ruder rumzureißen: Mit Rot-Rot-Grün eine Koalition bilden und den Kanzler stellen? Auf eine echte Reformpolitik warten viele Menschen in diesem Land – eigentlich mindestens seit 1998, dem Wahlsieg von Rot-Grün mit Schröder und Fischer. Angesichts des derzeitigen Umfragetief hätte die SPD nichts zu verlieren, oder?*

13. **Wahlkämpfer des Tages: Kummerklaus**
Klaus Lederer – der Name steht für einen Anspruch. Seit der Mann in PDS und Linkspartei Funktionen hat, verliert die Partei bei jeder Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. 2003 avancierte er zum stellvertretenden Landeschef, die Wahl 2006 endete – mit gerade mal 13,4 Prozent, fast zehn Prozent weniger als 2001 – in einem Desaster. Ein Jahr darauf wurde Lederer zum Landesvorsitzenden gewählt. 2011 rasselte Die Linke dann auf ihr bislang schlechtestes Ergebnis: Nur 11,7 Prozent wollten sie noch.
Es scheint, dass die Partei diesen Weg unbeirrt weitergeht. Lederer tritt diesmal gleich als Spitzenkandidat an, wenn die Hauptstadtbürger am 18. September zu den Urnen gerufen werden. »Wahlkämpfe werden nicht durch schrille Töne gewonnen«, verriet er am Dienstag dem Tagesspiegel. Nun hat Lederer, was dieses Thema angeht, nicht unbedingt den tiefen Teller erfunden. Präziser: Wenn jemand keine Ahnung hat, wie irgendwas gewonnen werden kann, heißt er – Lederer.
Jüngst haben die Linken-Chefs Bernd Riexinger und Katja Kipping ein Papier vorgelegt, das die Schlappen bei den letzten Wahlen analysieren soll. Manch Wahres ist daran, vor allem das: Die Linke wird nicht mehr als oppositionell, als Protestpartei wahrgenommen. Deshalb möge sie nicht allzu »staatstragend auftreten«, mahnen die Vorsitzenden.
Bereits im April tat Lederer in der Berliner Zeitung seine Meinung dazu kund: »Die

Linke ist in Berlin keine Protestpartei mehr.« Dafür ist nicht nur er, sondern auch eine zehnjährige Koalitionsbeteiligung verantwortlich, die die Berliner so schnell nicht vergessen werden.
Der Kummerklaus kann nicht anders. Er tritt selbst dann staatstragend auf, wenn keine rechnerische Möglichkeit auf Regierungsübernahme mehr besteht. Und wenn die Linke unter fünf Prozent rutschen sollte – einer feiert. Mission erfüllt!
Quelle: junge Welt

Anmerkung Jens Wernicke: *Nur falls jemand glaubt, die SPD wäre als einzige unbeirrt auf "suicide mission". Die Technokraten und Opportunisten hat es – wenn auch in verschiedenen Verhältnissen – längst in jeder Partei.*

14. **Auf dem linken Auge blind?**
Neben den Bauernfängern von AfD und Front National macht sich ein ebenso gefährlicher Linkspopulismus à la Alexis Tsipras in Europa breit. Auch diese Demagogen wollen Europa zerstören. Leichte Beute sind vor allem jugendliche Arbeitslose. (…)
Das Gespenst der Rechtspopulisten geht um in Europa und raubt dem politischen Establishment den Schlaf. Doch beim angstvollen Starren auf die Erfolge von AfD und Front National, beim lustvollen Orbán- und Kaczynski-Bashing gerät aus dem Blick, dass in ganz Europa neben den Rechtspopulisten eine quicklebendige linke Parallelbewegung massiv aufblüht. Sie hat mehr mit ihrem Gegenpart vom rechten Rand gemein, als die Parteiführer unter den roten Fahnen zugeben. Und sie sind überall: Die Linkspopulisten stellen mit Alexis Tsipras den Premierminister in Griechenland. Sie sorgen in Portugal für eine Mehrheit der sozialistischen Regierung und vertreten dort mit Basisgrünen, Kommunisten und "Linksblock" über ein Viertel der Wähler. Davon kann die deutsche SPD mit arg gemäßigtem Programm und noch mäßigerem Zuspruch derzeit nicht einmal träumen.
Quelle: Welt

Anmerkung Paul Schreyer: *Der WELT-Autor schreibt in dem Artikel zum Erfolg linker Bewegungen in Europa: "Eine bemerkenswerte Konstante ist die verbreitete Ablehnung der Europäischen Union, obgleich Völkerfreundschaft, Internationalismus und Pazifismus doch eigentlich zum Kerngeschäft der extremen Linken gehören müssten. Doch sehen die Linkspopulisten in der EU, wie sie derzeit organisiert ist, ein Werkzeug der internationalen Hochfinanz." Eben! Leider setzt sich die WELT mit diesem Kernargument aber überhaupt nicht auseinander.*

Anmerkung Jens Wernicke: *Wie etwa Conrad Schuhler in seinem neuen und lesenswerten Buch „Die große Flucht" – hier das Interview mit den NachDenkSeiten hierzu – darstellt: Sie belügen und manipulieren uns zurzeit durch besonders dies: Die nationale Frage von Arm und Reich wird gegen die internationale Frage von Arm und Reich diskutiert und damit teils – sowie gewollt – vollständige Verwirrung erzielt. Konkret: Wieso, um alles in der Welt, soll jemand, der gegen die Diktatur der Finanzmärkte, die Demokratien zerschlägt, Menschen tötet und anderes, eintritt, plötzlich „völkisch", „Rassist" oder „antiinternational" sein? Die Behauptung dieser Tatsache ist all dies – aber nicht der Kampf der lokalen Armen gegen auch die nicht-nationale Hochfinanz. Ich bin doch nicht unsolidarisch, wenn ich als „deutscher" Subalterner bspw. einen US-amerikanischen Hedgefonds oder eine außenpolitisch mordende EU kritisiere. Ich wäre unsolidarisch – mit den anderen Menschen und vor allem Armen dieser Welt -, täte ich dies nicht! Es gilt offenbar das Credo: "Widerstand ist zwecklos – wer kritisiert ist Linksrechtsfaschistensozialist!"*

dazu: **Frankreich: Die Linke zerlegt sich**
In Frankreich streiken Gewerkschafter gegen die sozialistische Regierung, eine Versöhnung scheint kaum möglich. Lachender Dritter ist der Front National.
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Derselbe Unfug, wie er ähnlich zur Konkurrenz von SPD und der Partei Die Linke in Deutschland geschrieben wurde und wird. Wenn "die Linke" im Allgemeinen für die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer und Umverteilung von oben nach unten eintritt, dann sind sowohl SPD (Hartz IV, Ausweitung der Leiharbeit und krasser Sozialabbau plus radikale Körperschaftsteuersenkung, Senkung von Spitzensteuersatz und Erbschaftsteuer) als auch PS (radikale Unternehmensteuersenkung, Abschaffung von Arbeitnehmerrechten) irgendwie "links". Wo soll da eine "Spaltung der Linken" sein? Und besonders dreist die Insinuation, die (kommunistische) Linke sei deshalb an den Wahlerfolgen der populistischen oder extremen Rechten (AfD bzw. FN) schuldig. Tatsächlich hat in beiden Ländern die Pseudo-Sozialdemokratie (also SPD bzw. PS) den Rechtspopulismus verursacht. Im Übrigen positioniert sich der Autor mit dem Gerede über die lediglich behaupteten, angeblichen "Reformerfolge in Deutschland […] einer unternehmerfreundlichen Angebotspolitik" als Neoliberaler.*